

Deutschland-Diepholz: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen**OJ S 102/2023 30/05/2023****Auftragsbekanntmachung****Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadtwerke EVB Huntetal GmbH

Postanschrift: Amelogenstr. 1-3

Ort: Diepholz

NUTS-Code: DE922 Diepholz

Postleitzahl: 49356

Land: Deutschland

E-Mail: rene.schoebel@holinger.com

Telefon: +49 30/209632-98

Fax: +49 30/209632-90

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.stadtwerke-huntetal.de**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E37985197>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Städtische Gesellschaft

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Wasser- und Energieversorgung, Energieerzeugung sowie Betrieb von Bädern

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Ingenieurleistungen HLSB für die Sanierung des Allwetterbades Müntepark in Diepholz

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Ingenieurleistungen HLSB - Heizung, Lüftung, Sanitär, Badewassertechnik für die Sanierung des Allwetterbades Müntepark in Diepholz

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE922 Diepholz

Hauptort der Ausführung: 49356 Diepholz

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Es sollen Planungsleistungen beauftragt werden, die sich wie folgt gliedern:

Leistungsbild Technische Ausrüstung §§ 53 ff HOAI Anlagengruppen 1,2,3 und 7

Weitere Erklärungen zu den Grundleistungen sowie Besonderen Leistungen sind der Bieterinformation zu entnehmen.

Die Stadtwerke EVB Huntetal GmbH beabsichtigt, die Leistungen stufenweise zu beauftragen.

Beauftragt werden zunächst jeweils die Leistungsphasen 1-3.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/11/2023 Ende: 31/12/2028

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Auswahlkriterien: keine

Zur Angebotsabgabe aufgefordert werden max. 5 Bewerber, die die Eignungs- und Mindestkriterien erfüllen.

Für den Fall, dass mehr als 5 Bewerber im Teilnahmewettbewerb gleichermaßen die

Anforderungen erfüllen und die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl

entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch ist, erfolgt die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los (§ 75 Abs. 6 VgV).

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufenweise Beauftragung, zunächst werden jeweils die Leistungsphasen 1 bis 3 beauftragt, die anderen Leistungsphasen sowie zusätzliche und besondere Leistungen werden ggf.

gesondert zu einem späteren Zeitpunkt beauftragt. Es besteht insoweit kein Anspruch auf Beauftragung.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Teilnahmeanträge von Bewerbern/Bewerbergemeinschaften, welche die nachfolgend genannten Mindestanforderungen an die Eignung nicht erfüllen, werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Juristische Personen sind gemäß § 75 Abs. 3 VgV zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, der die beschriebene Zulassungsvoraussetzung erfüllt.

Handelt es sich bei dem Bewerber um eine juristische Person, OHG, KG oder Partnerschaftsgesellschaft (auch als Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft), so ist dem Teilnahmeantrag ein aktueller Auszug aus dem Handels- oder Partnerschaftsregister oder vergleichbaren Registers des Herkunftslandes des Bewerbers beizufügen, der nicht älter als 12 Monate sein darf.

Öffentliche Aufträge werden an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben. Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Unternehmensdarstellung als Eigenerklärung (Name, Anschrift, Rechtsform, Büroinhaber bzw. bei juristischen Personen bevollmächtigter Vertreter, Gründungsdatum, Leistungsspektrum, Niederlassungen, Position, Telefonnummer und E-Mail-Adresse).

2. Erklärung nach § 44 VgV Absatz 1 über Eintragung in einem Berufs- und/oder Handelsregister.

3. Eigenerklärung zu zwingenden Ausschlussgründen gem. § 123 GWB, also über das Nichtvorliegen von Verurteilungen im Sinne von § 123 Abs. 1 bis 3 GWB sowie Erklärung zum Nachkommen der Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung.

- Unbedenklichkeitsbescheinigung Finanzamt

- Unbedenklichkeitsbescheinigung Berufsgenossenschaft

- Unbedenklichkeitsbescheinigung Krankenkasse

- Über das beigestellte Formblatt: Zahlung von Mindestlohn

- Über das beigestellte Formblatt: Eigenerklärung Ausschlussgründe nach STGB (§§ 89c, 129, 261, 263, 264, 299, 108e, 333, 334, 335a, 232, 233)

4. Eigenerklärung zu fakultativen Ausschlussgründen gem. § 124 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 und Nr. 8 GWB gemäß beigefügtem Formblatt „Eigenerklärung fakultative Ausschlussgründe“.

Ein Bewerber kann sich der Fähigkeit von anderen Unternehmen (hierzu zählen auch freie Mitarbeiter) bedienen, ungeachtet der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. Für den Fall der sog. Eignungsleihe gem. § 47 VgV ist eine Verpflichtungserklärung gem. § 47 VgV Absatz 1 des anderen Unternehmens dem Teilnahmeantrag beizufügen.

- Hierzu ist das beige gestellte Formblatt 236 zwingend für Nachunternehmer abzugeben. Zudem hat das andere Unternehmen die vorgenannten Erklärungen abzugeben. Das gilt auch für Nachunternehmer, auf deren Fähigkeiten der Bewerber sich berufen will, und für Bewerbergemeinschaften. Alle Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft müssen also alle vorgenannten Erklärungen abgeben.

- Bei einer Bietergemeinschaft ist zwingend das beige gestellte Formblatt 234 auszufüllen. Die Stadtwerke EVB Huntetal GmbH stellt für die Erklärungen Musterformulare zur Verfügung, insofern diese zuvor als „beige gestellt“ aufgeführt wurden.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit ist vom Bieter die Anlage 5, Anhang B aus der Vergabeunterlage auszufüllen.

- Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren über das gestellte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“

- Nachweis Haftpflichtversicherung

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über geeignete Referenzen. Siehe Anlage 9, Anhang B aus der Vergabeunterlage
2. Angabe der technischen Fachkräfte und der technischen Stellen gem. § 46 Absatz 3 Nr. 2 VgV, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen. Hierzu ist die Anlage 6, Anhang B aus der Vergabeunterlage auszufüllen.

3. Erklärung gem. § 46 Absatz 3 Nr. 8 VgV, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens in den letzten drei Jahren ersichtlich ist. Hierzu ist die Anlage 6, Anhang B aus der Vergabeunterlage auszufüllen.

4. Angabe gem. § 46 Absatz 3 Nr. 10, welche Teile des Auftrags der Bewerber unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Hierzu ist die Anlage 3, Anhang B aus der Vergabeunterlage auszufüllen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Die von dem Auftraggeber an die Eignung der Bewerber gestellten Anforderungen ergeben sich aus der EU-Bekanntmachung.

Bewerber haben folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

I) Bewerber haben eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von 2 Mio. Euro für Personenschäden sowie 1 Mio. Euro für sonstige Schäden und einer Maximierung der Ersatzleistung auf das Dreifache dieser pro Kalenderjahr bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut nachzuweisen. Mit dem Teilnahmeantrag können Bewerber zum Nachweis ihrer Versicherungswürdigkeit auch eine schriftliche Erklärung des Versicherers vorlegen, in der bestätigt wird, im Auftragsfall die ausgeschriebenen Leistungen mit den oben genannten Mindestdeckungssummen zu versichern. Bewerbergemeinschaften haben den Nachweis für die Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

II) Das Ingenieurbüro hat zwei Referenzen für die Sanierung eines Hallenschwimmbades oder kombinierten Hallen- & Freibades mit einem Gesamtvolumen von mindestens 8 Mio. € netto (KG 200 bis 700) nach dem 01.01.2018 nachzuweisen. Der Leistungsumfang des Bewerbers muss die Leistungsphasen 2 bis 8 umfassen.

Die Leistungsphase 8 muss mindestens begonnen sein.

III) Das Ingenieurbüro hat eine Referenz für die Sanierung eines vergleichbaren Freizeitbades mit einem Gesamtvolumen von mindestens 8 Mio. € netto (KG 200 bis 700) nachzuweisen, bei

der der überwiegende Anteil der Gewerkeausschreibungen (mindestens 80%) in den Jahren 2021 und 2022 erfolgte.

IV) Das Ingenieurbüro muss mindestens über 10 angestellte Mitarbeiter verfügen.

V) Das Ingenieurbüro muss einen durchschnittlichen Umsatz der letzten 3 Jahre im Bereich Hallen-, Sport- und Freizeitbäder von mindestens 0,5 Mio. € netto nachweisen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Teilnahmeberechtigt sind:

1. Natürliche Personen, die freiberuflich tätig sind und entsprechend der Regelungen ihres Heimatstaates berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Ingenieur“ zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden.
2. Juristische Personen, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Fach-/ Planungsleistungen gehören, sofern einer der Gesellschafter oder der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person und der verantwortliche Projektbearbeiter die an die natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllen.
3. Bewerbergemeinschaften aus natürlichen und/oder juristischen Personen: Bei Bewerbergemeinschaften muss mindestens ein Mitglied die Anforderungen erfüllen, die unter Ziffer 1. genannt werden.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

1. Projektsprache: deutsch
2. Bewerber haben eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von 2,0 Mio. € für Personenschäden sowie 1,0 Mio. € für sonstige Schäden und einer Maximierung der Ersatzleistung auf das Dreifache dieser Versicherungssummen pro Kalenderjahr bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer o. Kreditinstitut nachzuweisen. Mit dem Teilnahmeantrag können Bewerber zum Nachweis ihrer Versicherungswürdigkeit eine schriftliche Erklärung des Versicherers vorlegen, in der bestätigt wird, im Auftragsfall die ausgeschriebenen Leistungen mit den vorgenannten Mindestdeckungssummen zu versichern. Bewerbergemeinschaften haben den Nachweis für die Bewerbergemeinschaft zu erbringen.
3. Anwendung eines internetbasierten Projektmanagementsystems

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 28/06/2023 Ortszeit: 11:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 26/07/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 15/11/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Der Teilnahmeantrag ist ausschließlich in digitaler Form (PDF-Dateien) auf der Vergabepattform einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass Sie für die Abgabe aller notwendigen Erklärungen für den Teilnahmeantrag die bereit gestellten Musterformulare verwenden sollten. Dies erleichtert die Prüfung und stellt sicher, dass der Teilnahmeantrag vollständig ist.

Die Vergabestelle behält sich vor, zur Vorbereitung des Präsentationstermins bei den ausgewählten Bewerbern ergänzende Unterlagen abzufordern.

Die Präsentation und Verhandlungsrunde mit den späteren Bietern ist zum 19.09.2023 geplant.

Fragen zum Teilnahmewettbewerb oder dem Vergabeverfahren sind so rechtzeitig zu stellen, dass der Vergabestelle unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Die Vergabestelle behält sich vor, im Teilnahmewettbewerb nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als sechs Tagen vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten.

Die Vergabestelle behält sich ferner vor, im Rahmen der Angebotsphase im Falle der späteren Absage von Bietern, Bewerber, die auf Basis der objektiven Kriterien nicht zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert wurden, aber geeignet sind, nachträglich in die Angebotsphase aufzunehmen und diese nachträglich noch zur Angebotsabgabe aufzufordern, falls im Rahmen der Angebotsphase insgesamt eine Bieterzahl von unter drei erreicht würde (z.B. durch spätere Absagen). Dabei wird die Vergabestelle die objektive Reihenfolge der Bewerber nach Maßgabe von Ziffer II.2.9) beachten.

Für den Fall, dass mehr als fünf Bewerber im Teilnahmewettbewerb gleichermaßen die Anforderungen erfüllen und die Bewerberzahl auch nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Eignungskriterien zu hoch ist, erfolgt die Auswahl unter den verbleibenden Bewerbern durch Los (§ 75 Abs. 6 VgV).

1. Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung, in der alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft aufgeführt sind, mit folgendem Inhalt vorzulegen: Die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall wird erklärt. Der für die Durchführung des Vertrages und die rechtsverbindliche Vertretung aller Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigte Vertreter wird benannt. Die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder wird bestätigt.

2. Es wird darauf hingewiesen, dass Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft unzulässig sind und in der Regel zur Nichtberücksichtigung aller betroffenen Bewerbergemeinschaften im weiteren Verfahren führen.

3. Beabsichtigt der Bewerber, im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmer in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so haben der Bewerber und der Unternehmer, dessen Kapazitäten der Bewerber in Anspruch nehmen will, mit dem Teilhmeantrag eine Erklärung dahingehend vorzulegen, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften. Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des § 47 VgV verwiesen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Niedersachsen beim Nds. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telefon: +49 4131153308

Fax: +49 4131152943

Internet-Adresse: https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht_und_recht/vergabekammer_rechtslage_ab_18_04_2016/vergabekammer-niedersachsen-144803.html

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Stadtwerke EVB Huntetal GmbH weist darauf hin, dass ein Nachprüfungsantrag nur zulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt hat, diesen gegenüber der Stadtwerke EVB Huntetal GmbH innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

2. der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Stadtwerke EVB Huntetal GmbH gerügt hat,

3. der Antragsteller Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Stadtwerke Huntetal EVB GmbH gerügt hat,

4. der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung der Stadtwerke EVB Huntetal GmbH, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, gestellt wird.

Weiteres ergibt sich aus § 160 GWB.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

25/05/2023